

Die Pflicht zur christlichen Sozialreform.

Im Augenblick der Niederschrift dieser Zeilen ist ein Jahr „Neues Deutschland“ abgeschlossen. Ungetrübte Freude sucht man vergebens in den zahlreichen Betrachtungen über die Bedeutung dieses Erstklingjahres. Ein Zug der Ernüchterung, erwachender Einsicht geht unverkennbar durch weite Kreise selbst derer, die zunächst Revolutionsgewinnler sei es an zeitlichen, sei es an geistigen Werten oder auch Unwerten waren. Mit der Ernüchterung paart sich Ermüdung. Diese pflanzt sich auch auf viele fort, die der Revolution gleichgültig, ja ablehnend gegenüberstanden, die aber nach der Rückkehr äußerer Ruhe sich mit der geschaffenen Lage abfinden. Die Masse des Volkes will Ruhe haben, fast möchte man sagen um jeden Preis. Demgegenüber wachen die im Novembersturm 1918 scheinbar zu Tode getroffenen Kräfte und Kreise wieder auf, suchen die alte Stellung nach Möglichkeit, und zwar nicht immer ohne Geschick und Erfolg, wiederzugewinnen. Manche fühlen sich schon wieder so sicher, daß sie fast vergessen, daß das Volk nur müde ist, daß in vielen die Revolution nur schläft.

Soweit dieser Vorgang politisches Gebiet trifft, scheidet er hier aus. Unsere Aufmerksamkeit gilt der Ermüdung auf sozial- und wirtschafts-politischem Feld, wie dem Auftreten der Gegenströmung dortselbst. Es hat auch die Frage nach der Staatsform hiermit wenig zu tun. Im Gegenteil, ein Kaisertum müßte heute noch ängstlicher als die Republik darauf bedacht sein, sich den Anspruch auf das Wörtchen „sozial“ zu sichern. Die sozial-politische Ernüchterung und Ermüdung kam klar zum Ausdruck in den Revolutionsgedächtnisreden eines Scheidemann in Berlin-Steglitz, eines Bloß in Stuttgart. Klarer noch spricht sie aus dem unendlich schleppenden Gang der Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz, das beinahe das Geschick seines Vorläufers, des Arbeitskammergeetzes, zu teilen schien. Mit aller Wucht stemmte sich die Demokratie gegen jede Einflußmöglichkeit auf den Betrieb selbst, somit gegen den Grundgedanken des Gesetzes. Schließlich ist es auch jetzt nach Jahresfrist noch nicht gelungen, eine irgendwie klare und über den nächsten Schritt hinausreichende Marschrichtung für das deutsche Wirtschaftsleben zu bestimmen.

Wo liegen die Gründe dieser Erscheinung? Wie kommt es, daß der erste Begeisterungssturm für eine neue, bessere Sozialordnung scheinbar gebrochen ist? daß er auch bei den Trägern starker Ideen, wie den Sozialisten, aber auch in den christlichen Volkskreisen zurückgedrängt wurde?

I.

Der Gründe dieser Erscheinung sind nicht wenige. Die erste Schuld daran trägt wohl das in seinen Zielen vielfach unklare, soweit es aber klar redete, teils falsche, teils überspannte Programm des Sozialismus selbst. Es erwies sich in seiner extremen Gestaltung, in der allgemeinen Verstaatlichung sowohl wie in der restlosen Bedarfswirtschaft eines Ballod oder Neurath als undurchführbar.

Aber selbst wenn brauchbare Gedanken zugrunde lagen, töteten eine überhastete Ausführung und das Bestreben, möglichst schnell sichtbare Ergebnisse zu schaffen, den Erfolg. So erging es ganz besonders dem Versuche Wissells, das ganze Wirtschaftsleben auf neuer Grundlage aufzubauen. Es zeugte von der Lebensfremde mancher führenden Männer, wenn sie glaubten, so einschneidende Umformungen mit einem Federstrich durchsetzen zu können, statt eine organische Entwicklung anzubahnen, durch geeignete Maßnahmen zu erleichtern und zu fördern. Ein solches Unterfangen war, wie wir im Augustheft dieser Zeitschrift schrieben, „keine Arbeit nur für heute und morgen. Sie muß, soll sie gelingen, die wirtschaftliche und soziale Aufgabe des neuen Deutschland werden, wenn es sich verjüngt aus der bitteren Not des Heute erheben soll“. Bezüglich des Räte-systems hätte sich vielleicht manche Klippe vermeiden lassen, wenn man dem Gedanken Stegerwalds gefolgt wäre und zunächst vom Reichswirtschaftsrat ausgegangen wäre, ähnlich wie wir es auch in unserer Flugschrift „Der deutsche Rätegedanke und dessen Durchführung“ in Anregung brachten. Der Anpassung der Betriebsräte an das Wirtschaftsleben hätte man dann vielleicht weiteren Spielraum unter Führung und Gewährleistung eben des Reichswirtschaftsrates einräumen können. Es wäre dann leichter gewesen, auch mit Einführung sog. „Rann-Bestimmungen“ in das Gesetz schrittweise, je nach Art und Stand des jeweiligen Wirtschaftszweiges voranzugehen. Es ist ein Mißstand, daß jetzt fast alle Erwerbs- und Betriebsarten nach demselben Maß gemessen werden. In ganz ähnlicher Weise, zum Teil ebenfalls infolge der überstürzten, rein doktrinen Ausführung vorgefaßter Gedanken, hatte der Achtstundentag manche Unruhe und auch Enttäuschung hervorgerufen. Bergbau, Krankenpflege,

Landwirtschaft meldeten bald ihre Sonderwünsche an. Es zeigte sich die Unmöglichkeit, weder nach oben noch nach unten eine allen gemeinsame Begrenzung der Arbeitszeit zu finden.

Die Folge dieser Übersätzung, des Mangels an Augenmaß für das Erreichbare, verbunden mit der Erkenntnis der Unerreichbarkeit ihrer vornehmsten Ziele, ergab nun wiederum eine tatsächliche Unfruchtbarkeit der stärksten deutschen Partei, der Mehrheitssozialisten. Gerade in sie aber hatten nach Ausweis der Nationalwahlen weiteste Volkskreise Deutschlands höchste Erwartungen gesetzt. Ihr Versagen mußte deshalb nicht nur bei ihren eigenen neugewonnenen Anhängern, sondern noch weit über diesen Kreis hinaus abkühlend, ja geradezu abschreckend wirken. Kein Gesetz von einschneidender sozialpolitischer Bedeutung ist auf diese Parlamentsgruppe zurückzuführen. Der Räteparagraphe in der Verfassung und die Sozialisierungsgesetze waren eingestandenermaßen durch die Märzunruhen erzwungen. Die Erfassung der Elektrizitätswirtschaft durch das Reich ist das Werk des Reichsschatzministers Dr. Mayer, die Neuregelung der Reichsfinanzen und die Einbringung der Steuervorlagen das des Reichsfinanzministers Erzberger.

Der Sozialismus vermag das Kundwerden seiner Unfähigkeit, das Wirtschaftsleben neu zu gestalten, nicht länger mehr zu verbergen. Seine Ziele haben sich als Utopien erwiesen. Seine einseitig materialistische Methode aber erreichte nur, auch aus den Arbeitern weithin Mammonisten, d. h. von Raffgier erfüllte und geleitete Menschen zu machen. „Es zeigt sich“, wie Professor M. Spahn in Köln unter Bezugnahme auf das Betriebsrätegesetz ausführte, „mit der äußersten Deutlichkeit, wie der Sozialismus nicht in die Zukunft weist, sondern nur aus der Vergangenheit seine Anregungen herzuleiten vermag.“

Infolge dieser unfruchtbaren Politik der Regierungssozialisten rückten zahlreiche ihrer Anhänger noch weiter nach links und vermehrten die Zahl der Utopisten und Phantasten, der Anhänger selbst offener Gewalt und einer Diktatur des Proletariats. Doch diese fortschreitende Spaltung trug nicht nur zur Schwächung des Sozialismus im allgemeinen bei, sie drängte auch alle besonnenen Elemente immer stärker nach der entgegengesetzten Seite. Das Mißtrauen in den „gesunden Sinn des Volkes“ wuchs im gleichen Maße wie die Scheu, einen neuen Gedanken der vielfach von Demagogen mißleiteten Masse zur Ausführung zu überlassen. Damit hatte die Sozialdemokratie aber ihre Verbekraft unter den für einen Staats-

aufbau brauchbaren Elementen verloren. Die rote Flut ebhte ab. Und nun wurden alle jene, die nur aus offener oder geheimer Furcht vor der Sozialdemokratie sich zu Neuerungen entschlossen hatten, wankend. Alle gegen eine Änderung unserer sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse bestehenden Bedenken erhielten neu verstärkten Wert.

Zu den gewichtigsten Bedenken dieser Art zählt die andauernd schwere Lage unseres ganzen Wirtschaftslebens. Auch heute noch ist es ein Ringen um Sein oder Nichtsein. Zwar ist eine Besserung nicht zu verkennen. Die Zahl der Arbeitslosen ist bedeutend zurückgegangen, die Arbeitsleistung selbst in erfreulichem Aufstieg begriffen. Aber noch wissen wir nicht, ob dieser Genesungsprozeß nicht doch zu spät kommt, ob er sich nicht allzu langsam vollzieht, ob der Auflösungsprozeß nicht schon allzuweit vorgeschritten war, als daß er einer Heilung von innen heraus noch zugänglich wäre.

Hinzu tritt nicht minder furchtbar die Kettenlast eines Friedensvertrages, der an sich genügen würde, auch eine kerngesunde, blühende Wirtschaft zu Tode zu würgen. Mit geradezu unheimlicher Lust und List ist alles eronnen, jeden neuen Keim noch vor der Entwicklung bereits dem Boden der deutschen Wirtschaft entreißen zu können. Kontrolle über Kontrolle, Hemmung einer freien Außenhandelspolitik, eine noch unbestimmte Kriegsentschädigung, unerfüllbare Forderungen und im Zusammenhang damit stets neue blutsaugende Strafbestimmungen — ein Zustand, der wahrhaft mehr als gewöhnlichen Mut erfordert, soll er nicht zur Verzweiflung führen. Man kann es verstehen, wenn ihm gegenüber auch sonst zukunftsfrohe Menschen vor jedem weiter ausgreifenden Plan, erst recht vor jeder grundlegenden Neuerung zurückschrecken. Dies um so mehr, da unsere Bedrückter selbst noch im Vollbesitz des alten wucherischen Kapitalistengeistes erscheinen, ja aus diesem heraus zum guten Teil den Frieden diktiert haben. Was soll da, so fragt man, die deutsche Wirtschaft inmitten eines kapitalistischen Völkerbundes mit einem sozialistischen oder auch solidaristischen Wirtschaftssystem anfangen?

II.

Inmitten dieser Mattigkeit, des verzagten Zurücksinkens vor der gewaltigen Aufgabe dürfen wir, dürfen die Vertreter einer christlichen Gesellschaftsordnung da auch müde werden? Darf das im vergangenen Jahre kühn entrollte Banner christlicher Sozialreform heute wieder fein säuberlich eingepackt und in sicherer Truhe verwahrt werden?

Dürfen wir uns mit kleinen Flickern und Verbrämungen, hie und da noch mit einem neuen Firmenschild begnügen?

Nein! Denn weshalb traten wir nach dem Waffenstillstand mit erneutem Eifer für unsere sozialen Ideale ein? Gewiß auch um den Zielen des Sozialismus, soweit sie nach dem Abgrund wiesen, noch rechtzeitig eine andere, gesunde Richtung geben zu können, um unser Volk nach den schweren Verlusten an Blut und Gut auch vor dem Verlust der höchsten geistigen Güter zu bewahren, den ein resilloses Verfallen an den Sozialismus bedeuten würde. Aber der tiefste Grund war und ist, daß wir nach den furchtbaren Opfern und Entbehrungen des Krieges nicht mehr länger zaudern dürfen, unserem Volk eine wirklich nach christlichen Grundsätzen aufgebaute, vom Geist der Gerechtigkeit und Billigkeit, aber auch christlicher Solidarität und Brüderlichkeit getragene Gesellschaftsordnung bauen zu helfen. Nach diesem Kriege, der das Volk bis in seine letzte Faser erfaßte, mußte notwendig die Geltung der weiten Volkskreise wachsen, mußte ihr Anspruch auf gerechteren Anteil an Macht und Gut des auch von ihnen mit dem letzten Einsatz geschirmten Vaterlandes sich verstärkt geltend machen. Hat sich der Sozialismus als unfähig erwiesen, diese Aufgabe allein, nach seinen Plänen zu lösen, so ist damit unsere Aufgabe nicht nur nicht hinfällig, im Gegenteil sie erhält erhöhte Bedeutung. Damit, daß die Ohnmacht sozialistischer Ziele klar zutage tritt, ist unsere Arbeit noch nicht geleistet, sie steht vielmehr noch am Anfang. Es ist ihr erst etwas freierer Raum geschaffen. Nicht aus knieförmiger Angst vor der roten Revolution, sondern aus Liebe zum Volk und aus Treue zu den Grundsätzen unserer heiligen Kirche erscholl erneut der Ruf zum Aufbau unter dem Zeichen des Solidarismus im Geiste eines lebendigen, tatenfrohen Christentums.

Faule und feige Grundlosigkeit wäre es, jetzt dem wiedererwachenden kapitalistischen Sinnen und Trachten widerspruchlos das Feld zu überlassen, sich wohl gar schützend an seine Seite zu stellen. Wir schließen uns der römischen *Civiltà Cattolica* an, die in einem Aufsatz: „Der moderne Staat und die soziale Revolution“ unter dem 1. November 1919 schreibt: „Aber wir werden unsere Sache oder unsere Arbeit zur Rettung der Gesellschaft nicht mit der jener vermengen dürfen, die bewußt oder unbewußt Urheber oder Mitschuldige des Sturzes der menschlichen Gesellschaft waren und sind. Es ist, wie wir schon bei andern Gelegenheiten

sagten, eine Forderung der Billigkeit, heute sogar mehr denn je eine unbedingte Notwendigkeit, 'die Positionen', wie man sagt, klarzustellen, laut allen die christliche Wahrheit zu verkünden, und deshalb kurzerhand die Sache der Kirche von der des maurerischen Bürgertums ... zu trennen."

Wenn die *Civiltà* dabei erinnert, wie der moderne Staat Gott und die Kirche verleugnet hat, so werden auch wir nicht vergessen, wer bei uns die Kirche mit Ausnahmegesetzen bekämpft hat und noch jüngst alles tat, um die konfessionelle Schule zu verdrängen. Der Sozialismus ist hier hinter seinem kulturellen Lehrmeister noch zurückgeblieben. Aber auch auf wirtschaftlichem Gebiet hat der Liberalismus seine alten Grundsätze nicht aufgegeben. Noch herrschen die alten Grundsätze des Manchesterturns, des rücksichtslosen Wirtschaftskampfes. Zwar hatte man in der jüngsten Zeit diesen Grundsatz mehr unter der bestechenden Parole der freien Wirtschaft hochgehalten. Allein die Bedrohung derselben durch die Wiffellschen Pläne rief in dem bekannten angesehenen, ehemals sozialistischen Wirtschaftspolitiker und Herausgeber der wirtschaftlichen Tagesberichte Richard Calwer einen Kämpfen für die freie Wirtschaft in die Schranken, der ohne jede Scheu und Scham darlegt, wie der wilde Kampf, der Kampf mit jedem Mittel und um jeden Preis auch heute noch der Lebensnerv der sog. freien Wirtschaft ist. Calwer gibt in seiner Schrift „Produktionspolitik zum Aufbau der deutschen Wirtschaft“ (Berlin-Zehlendorf 1918) im Kapitel „Risiko und Wagemut“ seine Ansicht über den Kampf im Wirtschaftsleben wieder:

„Das Spiel (der Kräfte) ist also strengster Kampf, es ist nicht frei, es ist nicht willkürlich, es ist nicht einmal zügellos, sondern es beruht auf der Voraussetzung, daß beim Tausch Leistung und Gegenleistung gleich sein soll — eine Voraussetzung, die in der Praxis nie voll erreichbar sein wird. Wenn in diesem gegenseitigen Kampf ein Subjekt übermäßig erstarkt, wenn sein Wachsen und Gedeihen willkürlich und zügellos erscheint, so haben die Subjekte, die darunter zu leiden haben, eben nicht die Kraft gefunden, sich ihres Gegners zu erwehren. Sie haben aber diese Kraft, wenn sie sie nur haben wollen. Der zügellose Wettbewerb, das willkürliche Spiel des fessellosen Wirtschaftskampfes tritt nur dort hervor, wo die geschädigten Existenzen von ihren wirtschaftlichen Waffen keinen Gebrauch machen, wo die Kunst des erfolgreichen Kampfes noch nicht verstanden und noch nicht geübt wird. Wo das aber der Fall ist, da sorgen die vorhandenen Gegenkräfte selbst dafür, daß der Wettbewerb nicht zügellos und fessellos wird. Es ist sogar oft eine Entfesselung des Wettbewerbes bis zu einem sehr hohen Grade nötig, damit die Kunst des wirtschaftlichen Kampfes von denen, die es angeht, gelernt und erfolgreich geübt wird.“

Der Grundfehler dieser Auffassung des Wirtschaftskampfes liegt darin, daß trotz all der schönen Beispiele Calwers über die Art, einen Kampf zu führen, er übersieht, daß der Kampf nicht unter den Menschen, nicht gegenseitig zu führen ist, sondern daß es gilt, in gemeinsamem Ringen, d. h. gemeinsamer Arbeit, der Natur ihre Schätze abzugewinnen. Nur dieser Kampf mit der Natur mehrt die Güter. Der Kampf der Menschen untereinander beeinflusst nur die Verteilung derselben, ermöglicht dem Stärkeren, Geriebeneren — wie es ja Calwer selbst schildert — den Schwächeren und Unerfahrenen auszubeuten. Wohl aber ist es ein wirtschaftlicher Fortschritt, durch Zusammenschluß, durch Vereinigung der Kräfte der einzelnen die Ausnutzung und Auswertung der Natur zu erhöhen, zum allgemeinen Nutzen wie auch zum Nutzen jedes einzelnen. Es ist dann allerdings, um eines der Beispiele Calwers richtig zu gebrauchen, unberechtigt, einer Firma wie z. B. den Daimlerwerken jenen Mehrgewinn zu entziehen, der nicht aus dem Konkurrenzkampf mit andern, sondern aus der besseren Verwaltung und Arbeitsleistung des Werkes stammt. Dieser Mehrgewinn hat aber mit der „freien Wirtschaft“ nichts zu tun. Im Gegenteil würde gerade eine Regelung des Verteilungsprozesses, des Marktverkehrs, von Einkauf und Verkauf dazu zwingen, auf diesem Weg d. h. im Produktionsprozeß selbst, also im Ringen mit der Natur und nicht mit den Mitmenschen, seinen Gewinn über den Durchschnitt hinaus zu erhöhen, wobei dieser Gewinn selbstverständlich nicht auf Kosten der Arbeitskraft erreicht werden darf.

Aber Calwer enthüllt noch weiter. Er betont nicht nur, daß es sich dabei nur um einen wenn auch rücksichtslosen, so doch schließlich noch ehrlichen Kampf handelt, er verspottet vielmehr diejenigen, die da noch glauben, im Wirtschaftsleben mit Treu und Glauben auszukommen. Er schreibt in „Gebundene Planwirtschaft?“ (Berlin-Zehlendorf 1919) S. 9—10 gegen „Herrn v. Möllendorff als Moralist“:

„Überall, wo ein Kampfzustand zwischen Menschen besteht, ist das Verschweigen, das Hinzögern der Entscheidung, die Täuschung, die Lüge nicht ausgeschlossen. Das geht einfach aus der Natur des Kampfes hervor. Damit wird allerdings nicht jede Lüge und List entschuldigt; es gibt vielmehr Gebiete, wo der Kampf zu schweigen hat und Treu und Glaube unter allen Umständen gefordert werden muß. . . . Sobald man den Kampfcharakter der wirtschaftlichen Betätigung zugibt, muß man auch die Kampfmittel, soweit sie nicht durch die formelle Kampfordnung ausgeschlossen werden können, als berechtigt und zulässig konzessieren. Freilich scheint Herr v. Möllendorff auf einem psychologischen Boden zu stehen, der für unsere Auffassung gänzlich unempfänglich sein dürfte.“

Unerbittliche Folgerichtigkeit kann man diesen Ausführungen Calwers nicht abstreiten. Er zeigt klar, wo der Weg der Freiwirtschaft endet. Er zeigt auch, daß Abhilfe gegen die offene Verletzung der christlichen Moral nur möglich ist, wenn der Standpunkt des Wirtschaftskampfes aufgegeben wird, wenn der Boden der Interessengemeinschaft, der Solidarität ernsthaft, also nicht nur mit großen Worten, sondern durch Taten betreten wird. Man wird nebenbei aus den angeführten Worten das eine für die Behandlung der ganzen Frage lernen können, daß die Rezepte Calwers von interessierter Seite auch im Kampfe um die Wirtschaftsfreiheit ihre Anwendung finden. Man darf wohl manchen Beweisgrund für die Kampfesfreiheit im Wirtschaftsleben ebenfalls danach werten.

Für einen Katholiken, dem es mit seiner Religion Ernst ist, dessen Leben wirklich von Religion durchwirkt ist, kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß eine Wirtschaftsordnung, die der Lüge als Waffe bedarf, unvereinbar mit einer christlichen Gesellschaftsordnung ist. Es kann kein Zweifel sein, daß die christliche Gesellschaft verpflichtet ist, bei jeder Gelegenheit auf die grundlegende Änderung eines derartigen Zustandes zu dringen, daß dies besonders zu geschehen hat in einer Zeit des allgemeinen Um- und Neubaus wie heute. Harmonie und nicht Kampf im Gesellschaftsleben ist denn auch die ständige Lehre Leo's XIII. So erhofft er in dem Rundschreiben *Humanum genus* (1884), daß der dritte Orden des hl. Franziskus den Geist auch der Gleichheit wirke, „die auf dem festen Grunde der Gerechtigkeit und Liebe ruhend die Unterschiede in der Gesellschaft nicht aufhebt, aber bei aller Verschiedenheit der Lebensweise, Stände und Berufsarten jene herrliche Übereinstimmung und Harmonie bildet, welche ihrer Natur nach dem Gemeinwesen Wohl und Würde bringt“. An der gleichen Stelle weist er auf die Zünfte und Innungen der Handwerker hin als eine Einrichtung, „die im Laufe der Jahre zwar verfiel, aber als Muster für ähnliche Unternehmungen in der Gegenwart dienen kann“. Ebenso betont Leo in dem Rundschreiben *Rerum novarum* nicht nur das Verwerfliche des Klassenkampfes insbesondere und stellt ihm die natürliche Ordnung nach Vorbild des menschlichen Leibes und seiner Kräfte gegenüber, er stellt in diesem Zusammenhang auch den allgemeinen Satz auf: „Eintracht ist überall die unerläßliche Vorbedingung von Schönheit und Ordnung; ein fortgesetzter Kampf dagegen erzeugt Verwilderung und Verwirrung.“

Die Harmonie, die Interessengemeinschaft und nicht der Kampf muß die Grundlage unseres Gesellschafts- und Wirt-

Wirtschaftslebens sein. Die Hauptarbeit hierbei fällt auch nach Leo der geistigen Volkserziehungsarbeit im Sinne und mit Hilfe der Kirche zu. Aber Leo besaß viel zu viel Wirklichkeitsinn, um nicht zu erkennen, daß diese Erziehung an die Schaffung entsprechender Lebens- und Wirtschaftsbedingungen anknüpfen muß. Leo lag vor allem die Hebung des Lohnarbeiterstandes am Herzen. Dementsprechend wendet er auch sein Hauptaugenmerk der Einstellung des Klassenkampfes zu. Er stellt zu seiner Überwindung in den Vordergrund nicht etwa die Zerstörung des Eigentums, sondern die Ermöglichung eines wahren Besitzes, zunächst einer eigenen Heimstatt auch für den Industriearbeiter. Ohne den Lohnvertrag, sofern er nur den Gesetzen natürlicher Gerechtigkeit entspricht, zu verwerfen, wünscht er doch, daß die scharfen Gegensätze von arm und reich sich allmählich, begünstigt durch die Gesetzgebung, abschleifen: „eine der Billigkeit mehr entsprechende Verteilung der irdischen Güter“. Wenn Leo sagt, „Produktion und Handel sind fast zum Monopol von wenigen geworden, und so konnten wenige übermäßig Reiche einer Masse von Besitzlosen ein nahezu slavisches Joch auflegen“ (Rerum novarum), so ist es klar, daß er auch jede Einrichtung begrüßt, die über den Lohnvertrag und das Eigentum an Gebrauchsgütern hinaus dem Arbeiter sei es Gewinnanteil, sei es in irgend einer Form Anteil an den Produktionsmitteln selbst verschafft. Es ist von großer Wichtigkeit, daß das Reichsschatzministerium in aller Stille diesen Weg bereits in Reichsbetrieben beschritten hat und somit praktische Arbeit, allmähliche Reifmachung größerer Arbeiterkreise für derartig höhere Betriebsformen in Angriff nimmt. Ähnlich ist auch für die Wiederaufbauarbeiten in Frankreich geplant, Versuche dieser Art zuzulassen. Damit ist aber auch das geschehen, was der Präsident des Hansabundes, Dr. Köhler, in seinen Beiträgen zur neuen Reichswirtschaftspolitik verlangt, derartige Versuche zunächst in Staatsbetrieben anzustellen.

Alle diese Versuche werden freilich erst dann Aussicht auf größere Verbreitung haben, wenn nicht nur im Einzelbetrieb, sondern im ganzen Wirtschaftsleben das Kampfsystem, also die freie Wirtschaft auch im Sinne der Hansabundleute, einer Interessengemeinschaft Platz macht, die nach außen durch entsprechenden Zusammenschluß der Beteiligten zutage tritt. Wiederum gibt Leo die Richtlinien künftiger christlicher Gesellschaftspolitik, wenn er sowohl in Humanum genus wie später in Rerum novarum auf die alten Genossenschaften der arbeitenden Klassen, „für die keine neuen Einrichtungen zum Ersatz eintraten“, hinweist. Wie wir

bereits oben nachgewiesen haben, bewegt sich Leo's ganzes Denken in den Kreisen der wirtschaftlichen Harmonie und Solidarität. Diese soll aber möglichst von innen heraus kommen aus den eigenen Kräften der Gesellschaft und der Volkswirtschaft. Der Staat soll wohl durch entsprechende Gesetze und Verwaltung auch „für Betriebsamkeit in Gewerbe und Handel, günstigen Stand des Ackerbaues und anderes ähnliche“ sorgen. Dies alles soll aus seinen Einrichtungen gleichsam emporblühen. Die private Vereinigung darf aber nicht unterdrückt werden. Sie beruht auf dem Naturrecht so gut wie der Staat.

Dieser organischen Auffassung entspricht es auch, wenn Leo eine Heilung der Ungleichheiten im sozialen Leben oder gar eine sogenannte Sozialisierung auf dem Wege bzw. dem Umwege der Steuererhebung ablehnt. „Obige Vorteile werden jedoch offenbar dann nicht gewonnen, wenn der Staat seinen Angehörigen so hohe Steuern auflegt, daß dadurch das Privateigentum aufgezehrt wird. Das Recht auf Privatbesitz, das von der Natur kommt, kann der Staat nicht aufheben; er kann nur den Gebrauch des Eigentums regeln und mit den öffentlichen Interessen in Einklang bringen. Es ist also gegen Recht und Billigkeit, wenn der Staat von dem Vermögen der Untertanen einen übergroßen Anteil als Steuer sich aneignet“ (*Rerum novarum*). Damit ist natürlich eine durch die Not des Vaterlandes vorgeschriebene große Steuerabgabe nicht getroffen, wohl aber eine Besteuerung zum Zweck der Sozialisierung, wie sie z. B. Walter Rathenau in „Autonome Wirtschaft“ versteht: „Diese Besteuerung kann in jedem beliebigen Umfange, bis zur mathematischen Gleichheit des Besitzes und Verbrauchsanspruchs durchgeführt werden.“ Diese ablehnende Haltung hat auch darin eine innere Begründung, daß eine Steuersozialisierung nur eine äußere Gleichheit schaffen könnte, ohne jedoch den Kampf weder unter den Klassen noch in der Wirtschaft zum Schweigen zu bringen.

So hat denn die christliche Sozialbewegung die Aufgabe klar vorgezeichnet. Es gilt, auf dem Wege zur allgemeinen Harmonie voranzuschreiten durch Weckung des Geistes der Solidarität in Betrieb, Gewerbe und schließlich auch im ganzen Volke; aber nicht nur durch Reden und Schriften, sondern auch durch Schaffung praktischer Ansätze und Entwicklungsansätze, im Betrieb sowohl wie in den Gewerben. Aufgabe der Gesetzgebung ist es, diese Entwicklung zu fördern. Dabei ist weder Überstürzung der Pläne noch ein gleichsam gewalttätiges Herauspressen der neuen Formen notwendig. Die Kirche ist keine Eintagserscheinung, sie

braucht nicht nach Tageserfolgen zu haschen. Ihre Wirksamkeit ist weder an die Amtsperiode eines Ministeriums noch auch an die persönliche Kraft eines einzelnen Mannes gebunden. Sinkt ein Bannerträger ihrer Ideen nieder, treten neue, von nicht minderem Geiste erfüllte Kräfte für ihn ein. Die Kirche bleibt ewig jung. Wohl aber muß ihrer Gefolgschaft festes, zielsicheres Handeln eigen sein, ein Handeln, das die Zeichen der Zeit zu deuten und die Gunst der Stunde zu nutzen weiß.

III.

Klares Ziel und sicherer Gang nach außen, Gnadenkraft und Gottesmacht über die Herzen der Völker nach innen, das ist es, was die christliche Sozialreform vor der Unfruchtbarkeit, ja in den folgerichtigeren Lagern der Zerstörungsarbeit der sozialistischen Sozialrevolution bewahrt. Auf diesem festen Weg braucht auch der drohende Niederbruch unserer ganzen Wirtschaft, braucht nicht der Wettbewerb der heute noch stark kapitalistischen Umwelt, nicht die Sklavenpeitsche übermütiger Sieger von gestern zu schrecken.

Gewiß ist unsere Wirtschaft schwer krank und erholt sich nur langsam, allzu langsam. Aber es wäre verfehlt, über der Abhilfe für die schreiendste Not des Augenblickes zu vergessen, Samenkörner für die Zukunft zu streuen. Es ist töricht, ein zusammengebrochenes Haus mit allen Schrüllen und Nachteilen des alten Planes wiederaufzurichten und erst nach dem Wiederaufbau sich zu überlegen, was nun eigentlich hätte besser gemacht werden können. Man wird gewiß nicht das zweite Stockwerk vor dem ersten bauen, aber man wird sich schon bei der Errichtung der Grundmauern fragen, wie denn das künftige Haus beschaffen sein soll.

Gelingt es, den Neubau trotz der Zeiten Ungunst in etwa wohnlich und behaglich zu machen, so braucht man auch die Konkurrenz der übrigen Staaten nicht allzusehr zu fürchten. Die Geschichte des Arbeiterschutzes wie der Arbeiterversicherung, selbst die jüngste Errungenschaft des Achtstundentages beweisen, daß derartige, dem offenkundigen Vorteil der Arbeiterklasse dienende Bestimmungen sich auf ihrem Siegeszuge durch alle Länder dauernd nicht aufhalten lassen. Heute noch weniger denn je.

Auch die Fuchtel rücksichtsloser Sieger im großen Wirtschaftskrieg darf uns nicht den Gedanken an die Zukunft ertöten. Sind wir solch erbärmliche Sklaven nicht nur der Tat, sondern schon der Gesinnung nach geworden, daß wir in stumpfer Resignation und Untertänigkeit nicht einmal mehr wagen an den aufgeschmiedeten Ketten zu rütteln, daß sie in ihrer Ungerechtigkeit und Rachsucht klirren? Sollen

wir nicht einmal versuchen, welchen Spielraum sie uns überhaupt noch lassen? Freilich, dann hätte unser Volk sein Schicksal verdient.

Wir verstehen es, daß der Mann der Praxis, der unmittelbar vor schweren und schwersten Sorgen in seinem Betriebe steht, sorgenvoll in die Zukunft schaut. Wir verstehen es, daß er froh ist, sich über Wasser zu halten und nicht gern von weitausschauenden und ausholenden Plänen hört. Aber dieser Standpunkt ist ebenso einseitig und in seinen Folgen bedenklich wie jener des Phantasten und Utopisten, der seine Pläne von heute auf morgen der deutschen Wirtschaft über den Kopf stülpen möchte. Ohne hohe Ziele droht der Wirtschaft heute mehr als je ein Versinken in Krämergeist, in nackten Materialismus. Mehr als je bedürfen wir weitblickender Unternehmer und Wirtschaftsführer, die entschlossen sind, ihren Arbeitern die Hand zu reichen, sie heranzuziehen, Unternehmer, die entschlossen sind, auch mit ihren Berufsgenossen einträchtig zusammenzuarbeiten, ihre gemeinsamen Interessen gemeinsam zu wahren und letztlich auch das Berufs- und Standesinteresse dem Gemeinwohl unterzuordnen. Nur durch die innige Verbindung der Männer des alltäglichen Lebens mit den Trägern der Ideen ist es möglich, einen wirklichen Fortschritt anzubahnen und gesund und stetig zu entwickeln. Die organisierte Unternehmerschaft und Arbeiterschaft muß die tragenden Ideen in sich aufnehmen und dann Hand ans Werk legen.

Gewiß ist es, wie schon Ketteler betonte, nicht möglich, heute im einzelnen alles festzulegen, was das Ergebnis des Wachstums langer Jahrzehnte sein soll. Aber die Richtung muß festliegen, und heute muß der erste Schritt geschehen. Wir begrüßen deshalb die Versuche des gemeinwirtschaftlichen und gemischtwirtschaftlichen Betriebs, wir begrüßen es, wenn demnächst das Betriebsrätegesetz eine Gelegenheit bieten wird, den guten Willen zur Betriebsolidarität zu betätigen. An Arbeitern und Unternehmern liegt es, diese Stappen durch einsichtsvolle Zusammenarbeit zu sichern. Aber es muß weitergeschritten werden. Nicht der nivellierende, äußerliche Weg der Besteuerung darf allein bleiben. Er beschneidet nur durch operativen Eingriff Auswüchse, aber er erzeugt keine neue Gesinnung. Dies ist nur möglich, wenn wir auf dem Wege der lebensvollen Wirtschaftsorganisation wieder vorandringen und so einer neuen Gesinnung gleichsam den Körper schaffen, an den sie sich binden und den sie beseelen kann. Das ist der Weg, den unchristlichen lügenhaften Geist des Kampfes zu bannen und dafür den christlichen Gemeinschaftsgeist einzuführen. Nur auf diesem Wege genügen wir der Pflicht zu einer christlichen Sozialreform.

Konstantin Roppel S. J.